

Menschenrechte sind #unverhandelbar

Dokumentation

Breites Bündnis fordert Paradigmenwechsel von der neuen Bundesregierung

Ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis – darunter der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein – hat sich im Spätsommer 2021 zusammengefunden, nach 20 Jahren Stagnation von der neuen Bundesregierung einen einwanderungspolitischen Paradigmenwechsel einzufordern.

Die vom Bündnis #unverhandelbar festgestellten politischen Handlungsbedarfe und Forderungen dokumentieren wir im Folgenden.

Menschenrechte wahren: Für ein offenes Europa, das Menschen schützt!

Seit 1993 sind mehr als 44.000 Menschen bei dem Versuch, nach Europa zu fliehen, gestorben. Das Mittelmeer bleibt die tödlichste Fluchtroute der Welt. Es gibt kein europäisches Seenotrettungsprogramm, Staaten kommen ihrer Pflicht zur Rettung nicht nach. Zivile Seenotretter*innen werden für ihren Einsatz von europäischen Regierungen kriminalisiert und an Einsätzen gehindert. Immer mehr schutzsuchende Menschen werden angezeigt und verurteilt, weil sie nach Europa geflohen sind. Und mit der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, die ihre

Struktur auf den Schutz von Grenzen statt Menschenleben ausrichtet, ist die Einhaltung von Menschenrechten an den Außengrenzen nicht möglich.

“Nie wieder Moria!” hieß es noch nach dem Brand von Moria im September 2020. Heute ist die Situation in den Lagern an Europas Grenzen schlimmer denn je. Schutzsuchende Menschen sind Wind und Wetter monatelang schutzlos ausgeliefert. Es mangelt an Essen, an ärztlicher Versorgung, an Toiletten und vielem mehr. Kinder verletzen sich selbst oder versuchen, sich umzubringen. Das ist Alltag für zehntausende Menschen in den unwürdigen Lagern an Europas Grenzen, denen die EU elementare Grund- und Menschenrechte verwehrt. Die neuesten Pläne der EU-Kommission würden sogar zur Einrichtung geschlossener Lager an den Außengrenzen führen, in denen geflüchtete Menschen völlig abgeschottet werden.

Politisch ist all das von Europas Regierungen genau so gewollt. Denn es geht darum, Menschen von der Flucht nach Europa abzuschrecken und ihr Ankommen um jeden Preis zu verhindern.

Wir sagen

- Wir lassen in Europa niemanden allein!
- Wir wollen ein Europa, das niemanden auf der Flucht ertrinken lässt und Menschen nicht durch hochgezogene Grenzzäune in Lebensgefahr bringt.
- Wir nehmen nicht hin, dass schutzsuchende Menschen kriminalisiert, an Europas Grenzen inhaftiert und monatelang festgesetzt werden.
- Wir verteidigen das Recht auf Asyl und den Zugang zum Schutz in Europa.
- Wir wollen, dass die Hochrüstung von Europas Grenzen, Frontexeinsätze und

Waffenexporte in Kriegs- und Krisengebiete gestoppt werden.

- Denn wir stehen für ein offenes und solidarisches Europa, das alle Menschen auf sicheren und legalen Wegen erreichen können.
- Wir fordern von der nächsten Bundesregierung als #unverhandelbar:
- Menschenwürde achten und Menschenrechte wahren!

Die nächste Bundesregierung muss für das Ende der rechtswidrigen Pushbacks und der Lager an Europas Grenzen streiten. Sie muss sich dafür einsetzen, dass weder schutzsuchende Menschen noch jene, die sie unterstützen, kriminalisiert, drangsaliiert oder verurteilt werden. Sie muss für den sicheren und ungehinderten Zugang zum Recht auf Asyl in Europa eintreten und eine flächendeckende europäisch-koordinierte und -finanzierte Seenotrettungsmission auf den Weg bringen. Die nächste Bundesregierung muss die deutsche Beteiligung an Frontex- und EUNAVFOR MED-Einsätzen beenden. Pläne zur weiteren Abschottung Europas und zur Entrechtung von schutzsuchenden Menschen wie sie die EU-Kommission vorgestellt hat, muss die nächste Bundesregierung entschieden ablehnen.

Familiennachzug sichern: Familien gehören zusammen!

Tausende Familien werden auf der Flucht auseinandergerissen. In etlichen Fällen kommen Familienmitglieder zu unterschiedlichen Zeitpunkten und in verschiedenen europäischen Ländern in Europa an, in vielen anderen Fällen sind die Fluchtrouten für Familienmitglieder versperrt oder stellen eine Gefahr für das Leben dar. Immer wieder blockieren und erschweren Behörden den Nachzug von Familienmitgliedern zu ihren Ange-

hörigen, die längst in Deutschland leben. Diese Politik zwingt gerade die Schwächsten auf gefährliche Fluchtrouten.

Wir sagen

- Familien gehören zusammen!
- Wir wollen unbürokratische, transparente und schnelle Familienzusammenführungen, damit Familien zusammenleben können – selbstbestimmt und in Sicherheit.
- Wir fordern von der nächsten Bundesregierung als #unverhandelbar!:
- Schutzberechtigte Menschen gleich behandeln!
- Die nächste Bundesregierung muss für alle schutzberechtigten Menschen – anerkannte Flüchtlinge wie subsidiär Schutzberechtigte – dieselben Rechte auf Familiennachzug gewährleisten. Ebenso muss sie den Nachzug von Geschwistern in vollem Umfang ermöglichen.

Selbstbestimmt leben: Diskriminierungen und Hürden abbauen!

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, heißt es im Grundgesetz. Und doch missachten Regierungen und Behörden vielfach den Schutz der Menschenwürde, wenn es um geflüchtete Menschen geht. Bundesweit müssen zehntausende schutzsuchende Menschen in Aufnahmeeinrichtungen und AnkER-Zentren leben und damit in Orten der Kontrolle, der Fremdbestimmung und der Ausgrenzung. In solchen Orten können weder Kinderrechte gewahrt noch die Menschen vor einer Pandemie geschützt werden. Lager sind einer den Menschenrechten verpflichteten Gesellschaft unwürdig: Lager sind inhuman.

Zugleich haben geflüchtete Menschen in Deutschland mit vielen weiteren Hürden zu kämpfen: mit Arbeitsverboten, fehlenden Zugängen zu Sprachkursen, Schule oder Ausbildung sowie mit einer stark eingeschränkten Gesundheitsversorgung.

Wir sagen

- Jeder Mensch hat das Recht auf ein freies und selbstbestimmtes Leben in all seinen Facetten.
- Grundrechte sind nur etwas wert, wenn sie für alle Menschen gelten.
- Folglich müssen sämtliche Formen der Ausgrenzung und Einschränkung gestrichen werden!

- Wir fordern von der nächsten Bundesregierung als #unverhandelbar!:
- Verschärfungen zurücknehmen!

Die nächste Bundesregierung muss die unzähligen Verschärfungen des Asyl- und Aufenthaltsrechts seit Herbst 2015 zurücknehmen. Das selbstbestimmte Leben so vieler Menschen darf nicht länger durch unzählige Hürden erschwert und ausgebremst werden. In der künftigen Bundesregierung müssen das Asyl- und Aufenthaltsrecht und die Zuständigkeit für das BAMF aus dem Innenministerium herausgelöst und in einem eigenen Ministerium gebündelt werden, für das Humanität und die Grundrechte aller Menschen im Fokus stehen.

Bleiberecht garantieren: Abschiebungen stoppen!

Hunderttausende Menschen in Deutschland leben in steter Angst vor einer Abschiebung. Sie bekommen nur eine sogenannte Duldung und werden in ihren Rechten stark eingeschränkt – selbst wenn sie seit Jahrzehnten hier leben oder hier geboren wurden. Verschärft wird diese Situation nun durch die Covid-19-Pandemie, die massive negative Auswirkungen auf sozial benachteiligte und besonders verletzte Menschen in Deutschland hat. Bei vielen von ihnen hängen Zukunft und Bleiberecht in Deutschland davon ab, ob sie durchgängig arbeiten und ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten. Doch dies ist für viele betroffene Menschen unter Pandemiebedingungen erst recht unmöglich.

Wir sagen

- Alle Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben, müssen ohne Angst und mit denselben Rechten hier leben können.
- Die nächste Bundesregierung muss daher weitreichende Bleiberechtsregelungen einführen und die rechtliche Gleichstellung der hier lebenden Menschen gewährleisten.
- Wir fordern von der nächsten Bundesregierung als #unverhandelbar!:
- Bleiberecht garantieren!
- Statt auf Abschiebungen zu setzen, muss die nächste Bundesregierung wirksame Bleiberechtsregelungen schaffen. Alle Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben, müssen bleiben können.

Antirassismus und Demokratie: Hass und Hetze keinen Raum geben!

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“. So beginnt die 1948 verabschiedete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen. Doch auch über 70 Jahre nach Verabschiedung der UN-Menschenrechtserklärung und unseres Grundgesetzes sind wir noch weit entfernt von einer Welt, in der alle Menschen frei von Gewalt, in voller Würde und Selbstbestimmung leben können. Weltweit sind Kräfte im Aufwind, welche die Menschlichkeit angreifen, die Hass und Hetze gezielt gegen bestimmte Gruppen schüren.

Rassismus ist ein strukturelles gesellschaftliches Problem und kein Phänomen einzelner Rassist*innen. Rassismus dient dazu, gesellschaftliche Hierarchien und Privilegien zu legitimieren. Institutionelle und strukturelle Ausschlussmechanismen sind wirkmächtig und haben dramatische Folgen für Menschen anderer Herkunftsländer, Sprachen, Hautfarben, Nationalitäten, Religionen, Einwanderungsgeschichten, Lebensbedingungen oder mit eingeschränkten Aufenthaltstiteln.

Wir sagen

- Alle Menschen, die Teil der Gesellschaft sind und hier leben wollen, müssen ohne Angst und mit denselben Rechten hier leben können.
- Die nächste Bundesregierung muss daher weitreichende Bleiberechtsregelungen einführen.
- Wir fordern von der nächsten Bundesregierung als #unverhandelbar!:
- Rassismus bekämpfen!

Die nächste Bundesregierung muss die Bekämpfung von Rassismus in all seinen Erscheinungsformen (Alltagsrassismus, struktureller sowie institutioneller Rassismus, gewaltförmiger Rassismus) und in allen gesellschaftlichen Bereichen zu einer zentralen Aufgabe machen. Dazu gehören sowohl die aktive Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen von Rassismus in Form von wissenschaftlichen Erhebungen, präventiver sowie reagierender Bildungsarbeit als auch der Schutz von Betroffenen. Dafür müssen bundesweit entsprechende gesetzliche Grundlage nach dem Vorbild des Berliner Antidiskriminierungs-Gesetzes eingeführt werden.